

10 PUNKTE FÜR BESSERE BILDUNG IM SAARLAND



**BARBARA MEYER-GLUCHE (SPITZENKANDIDATIN LTW)
UND KLAUS KESSLER (BILDUNGSMINISTER A.D.)**

Bildung und Wissen bestimmen grundlegend die Chancen, die junge Menschen in unserer Gesellschaft erhalten. Bildung entscheidet über beruflichen Erfolg, über die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben und am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben. Die umfassende Bildung aller Menschen ist die Voraussetzung für die demokratische, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft.

Die Teilhabe an Bildung ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen ihr Recht auf Teilhabe an Bildung und Ausbildung wahrnehmen können und jeder seinen Fähigkeiten und Leistungen entsprechend einen optimalen Bildungsabschluss erreichen kann.

UNSERE FORDERUNGEN:

1. **Wir brauchen gerechte Kita-Beiträge und perspektivisch Gebührenfreiheit**

Der Grundstein für gute und gerechte Bildungschancen wird bereits vor dem Eintritt in die Schule in der Kinderkrippe und im Kindergarten gelegt. Im Dreiklang von Bildung, Betreuung und Erziehung werden hier wichtige Weichen für die Zukunft unserer Kinder gestellt. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es wichtig, im gesamten Land ein ausreichendes, hochwertiges Angebot an Kita-Plätzen zur Verfügung zu stellen. Diese Kita-Plätze müssen aber bezahlbar bleiben. Es kann nicht sein, dass die Teilnahme an der frühkindlichen Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist und diejenigen, die sich einen Kita-Platz nicht leisten können, ihre Kinder nicht in eine Betreuungseinrichtung schicken können. Deshalb brauchen wir die Gebührenfreiheit in den Kindertageseinrichtungen unter Ausnutzung der finanziellen Spielräume des Landes spätestens ab dem Jahr 2020. Solange die Finanzsituation dies nicht ermöglicht, wollen wir zumindest mehr Gerechtigkeit im Gebührensystem erreichen. Dazu wollen wir eine einkommensabhängige Staffelung der Kita-Beiträge einführen und ebenso eine generelle Absenkung der Gebühren erzielen.

2. **Wir brauchen mehr Grundschullehrerinnen und -lehrer**

In der Grundschule wird das Fundament für die weitere Schullaufbahn der Kinder gelegt. Deshalb braucht die Grundschule kontinuierlichen Lehrernachwuchs und eine dauerhaft gute Personalausstattung mit ausgebildeten Grundschullehrkräften. Dies ist im Saarland nicht mehr gewährleistet. Die Folgen davon sind Unterrichtsausfall, Zusammenlegung von Klassen, Nachteile bei der individuellen Förderung sowie Lern- und Leistungsrückstände der Kinder. Das wollen wir ändern. Wir brauchen mehr Grundschullehrerinnen und -lehrer in unseren Schulen. Deshalb muss die Kürzung der Zahl der Studienplätze für das Lehramt der Primarstufe an der Universität wieder zurückgenommen werden. Es müssen wie früher 60 statt nur 30 Studienplätze pro Semester zur Verfügung stehen.

Außerdem muss die Einstellung in den saarländischen Schuldienst wieder attraktiver gemacht werden durch Verbesserungen im Bereich der Besoldung, der Arbeitszeit und den beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten. Im Wettbewerb der Länder um qualifizierte Lehrkräfte darf das Saarland keine schlechteren Bedingungen bieten als andere Länder.

3. Wir brauchen echte Gleichwertigkeit von Gymnasium und Gemeinschaftsschule

Das Saarland hat eine überschaubare Schulstruktur nach der Einführung des Zwei-Säulen- Modells durch die Vorgängerregierung. Neben dem Gymnasium (G 8) gibt es als zweite weiterführende allgemeinbildende Schule nur noch die Gemeinschaftsschule, an der alle Abschlüsse bis zum Abitur (G 9) erworben werden können. Das Modell basiert auf der Grundlage der Gleichwertigkeit der Schulformen, wonach insbesondere die Gemeinschaftsschule mit einem neunjährigen Bildungsgang bis zum Abitur eine Alternative zum achtjährigen Gymnasium darstellt. Bis auf die gymnasiale Oberstufe und das gleiche Zentralabitur beider Schulformen besteht aber noch keine Gleichwertigkeit im Schulsystem. Wir brauchen dazu eine einheitliche Lehrerarbeitszeit, eine Angleichung der Funktionsstellenstruktur und eine gerechte und vergleichbare Belastungsbewertung der Lehreraarbeit.

4. Wir brauchen neben den G8-Gymnasien auch G9-Gymnasien

Die Einführung des 8-jährigen Gymnasiums (G8) seit dem Schuljahr 2001/02 durch die CDU Landesregierung - gegen unseren Willen - hat dazu geführt, dass die Arbeitsverdichtung am Gymnasium zugenommen hat, der Unterricht teilweise bis in den Nachmittag reicht, die Freizeitaktivitäten der Schülerinnen und Schüler stark eingeschränkt werden und über eine hohe Stressbelastung geklagt wird. Dies gilt insbesondere für das Gymnasium in Halbtagsform. Die vermeintlichen Vorteile der Schulzeitverkürzung durch einen früheren Studienbeginn oder ein früheres Eintreten in eine Berufsausbildung sind in Bezug auf Berufsreife und Berufsorientierung, Studierfähigkeit und Studienorientierung in mehrfacher Hinsicht nicht in dem erwarteten Umfang eingetreten.

Manche Schülerinnen und Schüler leiden unter dem zeitlichen Druck des G8-Gymnasiums und wünschen sich mehr Lernzeit in der Schule. Auch zahlreiche Eltern, die einen gymnasialen Bildungsgang für ihre Kinder anstreben, wollen für diese auch am Gymnasium nicht nur den schnellsten Weg zum Abitur. Deshalb brauchen wir in jedem Landkreis und im Regionalverband Saarbrücken neben den G8-Gymnasien auch wieder G9-Gymnasien als Wahlangebot für die Eltern. Die Anzahl und die G9-Standorte sollen im Rahmen einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung zwischen Land und regionalen Schulträgern festgelegt werden.

5. Wir brauchen eine Ausweitung der Lehrerfeuerwehr gegen Unterrichtsausfall

Eine verlässliche Personalausstattung mit qualifizierten Lehrkräften für alle Schulen ist die wesentliche Voraussetzung für eine gute Unterrichtsgestaltung und -versorgung. Um den gestiegenen Anforderungen an die Schule und den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, darf der Lehrerstellenabbau nicht nur hinausgeschoben, sondern muss dauerhaft gestoppt werden. Qualitätsverbesserungen, Flüchtlingsintegration und Inklusion bleiben eine Daueraufgabe. Deshalb brauchen wir ein Personalentwicklungskonzept, das mittel- und langfristig den künftigen Lehrerberuf festlegt und eine verlässliche Unterrichtsversorgung sicherstellt.

Dazu gehört auch ein Konzept zum Ausbau und Einsatz der Lehrerfeuerwehr als mobile Lehrerreserve zur Vermeidung von Unterrichtsausfall. Nach Aufstockung der Lehrerfeuerwehr um 90 Stellen auf insgesamt 321 Stellen durch die Vorgängerregierung hat es keine Ausweitung mehr gegeben. Nach wie vor besteht jedoch ein erhöhter Bedarf an Vertretungslehrkräften. Um diesen zu decken und Unterrichtsausfall zu vermeiden, brauchen wir eine Ausweitung der Lehrerfeuerwehr und dazu eine entsprechende Erhöhung der Planstellenzahl.

6. Wir brauchen mehr gebundene Ganztagschulen

Die gebundenen Ganztagschulen ermöglichen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie haben erweiterte Förderangebote für alle Schülerinnen und Schüler und sind im Gegensatz zu den freiwilligen Ganztagschulen für die Eltern gebührenfrei. Die große Koalition hat mit der Ankündigung, 25 zusätzliche gebundene Ganztagschulen einzuführen, ihr Ziel weit verfehlt. Lediglich 17 gebundene Ganztagschulen gibt es zur Zeit. Nach wie vor haben die Eltern kein echtes Wahlangebot zwischen Halbtagschule und Ganztagschule. Wir brauchen eine deutliche Ausweitung des Ganztagsangebotes. Alle Eltern, die eine Ganztagschule für ihre Kinder wünschen, sollen eine gebundene Ganztagschule wohnortnah wählen können. Ein besonderer Nachholbedarf besteht dazu am Gymnasium. Zum weiteren Ausbau der gebundenen Ganztagschulen ist es erforderlich, im Rahmen einer Schulentwicklungsplanung gemeinsam mit den Schulträgern ein Anreizsystem für die Schulen zu entwickeln.

7. Wir brauchen kleinere Klassen an allen Schulformen

Die Klassengröße ist ein entscheidender Faktor für die Fördermöglichkeiten aller Schülerinnen und Schüler. Angesichts zunehmend heterogener Lerngruppen und gestiegenen Anforderungen an die Schule durch erziehungsschwierige Schülerinnen und Schüler, viele nicht Deutsch sprechende Kinder und die Umsetzung der Inklusion ist es dringend erforderlich, kleinere Klassen zu bilden. Es reicht nicht aus, eine landesweit rechnerische Durchschnittsgröße für kleinere Klassen darzustellen. Erforderlich ist vielmehr eine Absenkung des Klassenteilers für die einzelne Schule auch unter Berücksichtigung soziostruktureller Besonderheiten. Für die Grundschulen brauchen wir dazu eine Begrenzung der Klassengröße auf höchstens 20 Kinder und für die weiterführenden Schulen eine Klassenhöchstgrenze von 25 Schülerinnen und Schülern.

8. Wir brauchen Schulsozialarbeit an allen Schulen

Schulsozialarbeit hat sich als eine besonders intensive und wirksame Form der Kooperation von Jugendhilfe und Schule bewährt. Für benachteiligte Kinder und Jugendliche, die den Anforderungen der Schule nicht gewachsen sind oder zu scheitern drohen, sind die Angebote der Schulsozialarbeit entscheidende Hilfestellungen. Angesichts zunehmender Erziehungsaufgaben insbesondere benachteiligter Schülerinnen und Schüler sowie ökonomischer, sozialer und familiärer Verwerfungen benötigen die Lehrkräfte mehr professionelle sozialpädagogische Unterstützung. Es reicht nicht aus, Schulsozialarbeiter nur stundenweise als Berater (Schoolworker) an den Schulen zu haben. Wir brauchen an jeder Schule mindestens eine feste Schulsozialarbeiterstelle, um die Lehrkräfte dauerhaft zu unterstützen.

9. Wir brauchen mehr Förderschullehrkräfte für die Inklusion

Das langfristige Ziel eines gerechten, humanen und auf allseitige Teilhabe ausgerichteten Schulsystems ist die Einrichtung von inklusiven Schulen. Doch die Umsetzung der Inklusion kann nur gelingen, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür vorhanden sind. Dies ist zur Zeit nicht der Fall. Einerseits sind die Klassen zu groß, damit individuell gefördert werden kann. Andererseits fehlen in den Regelschulen zahlreiche Förderschullehrkräfte. Deshalb ist es erforderlich, mehr Förderschullehrkräfte auszubilden, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen und darüber hinaus den Regelschullehrkräften die Möglichkeit einer sonderpädagogischen Zusatzausbildung zu ermöglichen. Unter der Voraussetzung einer zurückgehenden Nachfrage nach Sonderschulformen, insbesondere der Schulen für Lernbehinderte, können auch die dort frei werdenden Personalressourcen zur Inklusion in den Regelschulen eingesetzt werden.

10. Wir brauchen eine bessere Raum- und Digital-Ausstattung

Die Ausstattung unserer Schulen ist in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig. Nach wie vor gibt es noch marode Schulgebäude, schlecht ausgestattete Klassenzimmer, sanierungsbedürftige Sanitäranlagen aber auch eine unzureichende Ausstattung mit digitalen Medien. Unsere Schulen müssen gleichzeitig Lern- und Lebensraum sein, in denen sich die Schülerinnen und Schüler wohl fühlen und in denen mit modernen Methoden und Medien in architektonisch-pädagogisch anspruchsvoll gestalteten Räumen gelernt und gelehrt wird. Deshalb müssen die Investitionen in die Raum- und Sachausstattung der Schulen verstärkt werden. Insbesondere sind Investitionen in die digitale Grundbildung erforderlich. Alle Schulen brauchen eine gute Ausstattung mit modernen funktionsfähigen digitalen Medien, die auch im Unterricht eingesetzt werden. Freies WLAN an jeder Schule muss eine Selbstverständlichkeit sein.